

Ober-Ramstadt macht sich für Ostumgehung stark

Verkehr: Mit Ausnahme der Grünen klemmen sich alle Parteien hinter das Projekt

OBERRAMSTADT.

Das Ober-Ramstädter Parlament hat sich mit dem Konzept des Verkehrsentwicklungsplans des Landkreises Darmstadt-Dieburg befasst. Unstrittig ist die geplante Ortsumfahrung des Stadtteils Hahn im Zuge der B 426 als „Maßnahme von hoher Priorität“, der alle Fraktionen zustimmten. Diskussionen gab es allerdings um die Möglichkeit einer Ostumgehung Ober-Ramstadts, also Ausbau und Änderung des Verlaufs der Kreisstraße 129, die derzeit mitten durch die Stadt führt. Das Projekt hat laut Verkehrsentwicklungsplan nur lokale Bedeutung, die Stadt will es aber als „Maßnahme mittlerer Priorität“ einbeziehen lassen. Dagegen wandten sich die Grünen und legten einen Änderungsantrag vor, der es als „verbleibenden Handlungsbedarf in einigen Ortsdurchfahrten“ bewertet wissen wollte. „Damit wird der Kreis nicht aus seiner Verantwortung entlassen, auch wenn zurzeit ein Kreistagsbeschluss vorliegt, mit der Ostumfahrung nicht vor dem Bau der Nordostumgehung Darmstadt zu beginnen“, argumentierte Rainer Schönenberg. Bis es soweit sei, könne womöglich eine innerörtliche Lösung gefunden werden.

Horst Schultze (FDP) widersprach: „Wenn wir die Ostumgehung Ober-Ramstadts im Verkehrsentwicklungsplan nicht abbilden lassen, nimmt uns keiner mehr ernst.“ Die Entlastung von Sonngasse und Ammerbachstraße sei nötig, „nicht wegen des Verkehrsaufkommens, sondern wegen der Enge im Stadtkern. Hier haben wir eine Verantwortung gegenüber den Anwohnern.“ Auch Wolfgang Rausch (CDU) hielt es nicht für sinnvoll, jetzt Nein zu sagen zum Bau einer Ostumgehung. Aron Krist (SPD) äußerte sich ähnlich: „Wir müssen darauf dringen, dass etwas passiert.“ Das Thema sei zurückgestellt worden, bis die Verkehrsdatenbasis vorliege. Nun gebe es eindeutige Zahlen, dass eine Ostumgehung keinen überregionalen Verkehr anziehe. Mit einer Umformulierung des Antrags im Sinne der Grünen werde dem Kreis jedoch die Möglichkeit eröffnet, sich dem Bau zu entziehen.

Den Änderungsantrag befürworteten dann bei der Abstimmung nur die Grünen selbst. Es blieb also bei dem ursprünglichen Antrag für die Aufnahme der Ostumgehung als „Maßnahme mittlerer Priorität“ in das Konzept des Verkehrsentwicklungsplans. Dem stimmten SPD, CDU und FDP zu, die Grünen lehnten ihn ab.